

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 24.09.2014	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat V Amt: Dezernat V	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2014/0381 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Darmstädter Bürgerhaushalt 2014 - Vorschlag # 480: (Jobcenter, sinnvolle
Förderung in Ausbildung statt Beschäftigungstherapie)

Vorlage vom: 22.09.2014

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 22.09.14:

Für den Darmstädter Bürgerhaushalt 2014 wurde folgender Vorschlag eingebracht:

Jobcenter, sinnvolle Förderung in Ausbildung statt Beschäftigungstherapie
Viele erwerbslose Menschen zwischen 30-40 Jahren wünschen sich eine grundlegende Qualifikation in Form einer beruflichen Ausbildung bzw. eine Weiterqualifizierung, da sie sich eine Beschäftigung in ihrem alten Beruf aus guten Gründen nicht mehr vorstellen können. Leider stellt die aktuelle Förderpraxis des Jobcenter DA in diesen Fällen nur eine unterentwickelte Förderpraxis bereit, obwohl diese Menschen in ihren neuen Jobs oft lebenslang keine Kunden mehr des Jobcenters wären. In mehreren Fällen habe ich es erlebt, wie motivierte Menschen eine gefühlte Ewigkeit um einen der begehrten Bildungsgutscheine bzw. ähnlicher Instrumente kämpfen mussten.
Vorschlag: Stärkung dieser Förderung zu Lasten der oft sinnlosen 14 oder 30 Tage langen Verwahrungen in stupiden sog. Bewerbungstrainings.

Der Vorschlag erhielt 78 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen

Der Magistrat stimmt darin überein, arbeitslose Menschen in Darmstadt durch abgestimmte sinnvolle beschäftigungspolitische Maßnahmen so gut wie möglich zu fördern und zu unterstützen.

In der operativen Umsetzung muss sich das Jobcenter jedoch an rechtlichen Rahmenbedingungen orientieren und Zielvereinbarungen, die in gemeinsamer Trägerschaft zwischen Bundesagentur und Bundesministerium abgeschlossen wurden, umsetzen.

Die Bewilligung bzw. Erteilung von Bildungsgutscheinen (BGS) unterliegt rechtlichen Restriktionen, resultierend u.a. aus den Vorschriften des SGB II. Das Fallmanagement des Jobcenters Darmstadt hat im Einzelfall die zwingenden Anspruchsvoraussetzungen zu prüfen.

Dabei spielen einzelfallbezogen u.a. folgende Kriterien eine Rolle:

- o Eignung der Bewerberinnen bzw. des Bewerbers für einen erfolgreichen Maßnahmeabschluss (physisch und psychisch)
- o Berücksichtigung des individuellen Arbeitsmarktes (regional und fachlich)
- o Angemessenheit der Kosten
- o hohe (dauerhafte) Integrationsprognose
- o BGS kann nur für zertifizierte Maßnahmen bei zertifizierten Trägern ausgegeben werden

Dem Jobcenter steht jährlich ein Eingliederungsetat zur Verfügung. Durch diesen Etat werden die unterschiedlichen Eingliederungsinstrumente finanziert. Für berufliche Weiterbildungs- und Fördermaßnahmen stehen dabei ca. 20-25% des Gesamtetats zur Verfügung. Im Eingliederungstitel (EgT) des Jobcenter Darmstadt sind für das Jahr 2014 insgesamt 632.269 Euro für den Bereich Förderung der beruflichen Weiterbildung sowie 551.293 Euro für die Förderung benachteiligter Auszubildender etatisiert. Dieser Etatansatz kann, je nach Bedarfslage, im Rahmen des Gesamtbudgets, aufgestockt werden.

Die dargestellte Kritik in Bezug auf die Förderpraxis entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. So setzt das Jobcenter Darmstadt vor Ort das bundesweite Projekt „AusBildung wird was – Spätstarter gesucht“, eine Initiative des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Beseitigung des Fachkräftebedarfs seit 2013 um. Hierbei ist insbesondere die Zielgruppe der Menschen im Alter zwischen 25 bis unter 35 Jahren angesprochen. Im Einzelfall kann hier auch eine Förderung für Ältere (über 35 Jahre) erfolgen. Die Initiative wird derzeit durch verschiedene Kommunikationsformate in die Öffentlichkeit kommuniziert. In diesem Zusammenhang sei die Kampagne „Wenn nicht jetzt, wann dann?!“ erwähnt.

Gerade das Jobcenter Darmstadt konnte im Vergleich zu allen anderen hessischen Jobcentern für das Jahr 2013 mit großem Abstand einen Spitzenwert bei Teil- und abschlussorientierten Qualifizierungen vorweisen.

Die für 2014 geplanten Qualifizierungen sind in der Bildungszielplanung festgelegt. Die Bildungszielplanung wird u.a. im Rahmen der Beratung des jährlich fortzuschreibenden Arbeitsmarktprogrammes mit den Trägern festgelegt. Die Planung orientiert sich dabei an den vorhandenen Finanzmitteln, den Bedürfnissen und Angeboten des Arbeitsmarktes sowie nach den Potentialen der arbeitssuchenden Menschen. Operativ werden diese Aktivitäten durch ständige Information an die Fallmanagerinnen und Fallmanager umgesetzt. Darüber hinaus werden die arbeitssuchenden Menschen im Rahmen von Gruppeninformationen regelmäßig über Standardprogramme informiert.

Grundsätzlich wird bei Vorliegen der Voraussetzungen allen Förderanliegen entsprochen. Gerade Bewerbungstrainings und Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit sind dabei zwingend erforderlich. Bedauerlicherweise entspricht fast jede 2. Bewerbung nicht den geforderten Standards. Zudem ist im Einzelfall auch eine Erarbeitung von beruflichen Alternativen ebenso zwingend erforderlich, da die Bewerberinnen bzw. Bewerber die Situation oft falsch bzw. unzureichend einschätzen.

Das Jobcenter wird bei der Umsetzung der Förderpraxis den Fokus im Rahmen der Erstellung des jährlich fortzuschreibenden Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms verstärkt auf den Personenkreis der Menschen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren richten. Im Rahmen der Trägerversammlung für das Jobcenter Darmstadt wird städtischerseits der Impuls aufgegriffen und weiterentwickelt.

Darmstadt, 22.09.2014
V/HB

Dezernat I

Dezernat IV

Dezernat V

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Andrè Schellenberg
Stadtkämmerer

Barbara Akdeniz
Stadträtin